

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüch, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bess jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 295

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 250.— M.

Halver

Montag, den 25. Dezember 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 10.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 30.— M.,
Offerten-Beitragung 20.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der neue Reichshaushaltsentwurf für 1923 überschreitet zum erstenmal die Summe von einer Billion Mark.

* Bei der Reichseisenbahn wird eine beträchtliche Personalverminderung durchgeführt; 20 000 Beamten und 5000 Arbeitern wird gekündigt werden.

* Der Ehrenvermeister der Berliner Handwerkskammer, Karl Rahardt, wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

* Poincaré wiederholte im französischen Senat seine Vorwürfe gegen Deutschland und erhielt ein Vertrauensvotum des Senats.

* In Amerika wird eine neue Kommission vorbereitet, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Reparationszahlungen auf neuer Grundlage prüfen soll.

Ostpreußen.

Aus wohlinformierten Kreisen wird zu den wiederholt in der Öffentlichkeit erwähnten Selbständigkeitsbestrebungen in Ostpreußen geschrieben:

Deutschland kämpft einen fast hoffnungslosen Kampf gegen die ungunstigen Bestimmungen des Versailler Friedens; immer reißt die Entente die Wunden breiter und tiefer auf, die dieser Vertrag dem Leibe Deutschlands schlug. Und eine der Wunden, die heiß brennt, ist der „polnische Korridor“, der Ostpreußen vom Reiche trennt, Ostpreußen zu der einzigen deutschen Kolonie macht. Und nun hat der Völkerrat dem Lande auch den letzten Ausgang zur Weichsel genommen, ohne sich um eine dem ausdrücklich entgegenstehende Bestimmung des Friedensvertrages zu kümmern. Die Weichsel ist vollständig zu einem polnischen Strom geworden.

Ostpreußen ist wieder Kolonie geworden, ist eine Insel, vom Völkerrat umrandet. Wohin der Ostpreuße schaut, allüberall sieht er sich umflossen vom Gegner seines Volkstums. Er ist Grenzdeutscher. Und damit anders als jene Deutschen, die sorglos am feindlichen Ozean sitzen. Er ist wie die Völkergenossen am Rhein und in Oberschlesien nicht mit Worten, sondern mit der Tat für Volk und Heimat eingetreten. Er noch mehr als jene. Ihm versprach man nichts vor der Abstimmung, als entschieden werden sollte, ob ein Drittel dieses Landes deutsch bleiben sollte. Denn er ist deutsch, der Ostpreuße, so selbstverständlich deutsch, daß es solcher Lockungen gar nicht bedurfte. Dem Oberschlesier verbieth man, ihn bei Deutschland zu halten, die Autonomie, gab man Rechte, die weit hinausgingen über die der anderen preussischen Provinzen. Der Ostpreuße ist deutsch, weil er im Kampf um sein Deutschtum steht. Nur versteht er nicht, daß andere nicht auch immer daran denken, bei jedem innerpolitischen Tun zu erwägen, ob es außenpolitisch nicht oder schadet. Ost genug fanden sich in Ostpreußen alle Parteien zusammen, und Ostpreußen ehemaliger Oberpräsident, der Sozialdemokrat Winnig wurde Führer der 1919 so furchtbar umdrängten und gefährdeten Provinz, Kämpfer für das Deutschtum im Baltikum.

Der Ostpreuße ist Grenzdeutscher, der nur an das Große denkt, wofür er kämpft. Er haßt Parteipolitik, wenn sie sein großes Ziel bedroht: sie ist ihm klein und fleischlich. Er haßt „Prinzipien“, die weltfremd und wirklichkeitsarm ihn, den fest auf der Erde stehenden Mann, lächerlich oder schädlich erscheinen. Er haßt die, die fern der Not auf ihren Parteidoktrinen brüten, haßt die Verführer, haßt den grünen Eisch. Und dem ostpreussischen Sozialdemokraten kommt es gar nicht darauf an, neben dem grässlichen Regierungspräsidenten zu stehen beim Kampf um die Heimat. Graf Daudissin, der Regierungspräsident von Marienwerder, der in den Unterhandlungen mit den Polen gütig und feindlich Fuß im Fuß vorwärts drang, war hochgeachtet auch bei den politischen Gegnern. Denn der Grenzdeutsche schaut nicht auf das Wort, schaut nur auf die Tat.

Wie anderswo früher hört man jetzt in Ostpreußen auch das leidige Schlagwort „Los von Berlin!“ Es gibt Kreise, die von Konsequenzen reden, die man aus der isolierten Lage ziehen müsse, man erörtere Autonomiebestrebungen, denkt über Pläne nach, die Ostpreußen zum selbständigen Staat im Verbande des Reiches machen könnten, folgt also Beispielen aus anderen Gebieten. Das formale Recht, der § 18 der Reichsverfassung, gestattet das ja. Diese Pläne sind nicht neuen Datums: schon 1919 sprach man davon. Dann wurde es still; aber jetzt sind sie wieder laut geworden.

Man empfindet es seltsam, daß gerade in Ostpreußen, aus dem vor 110 Jahren Preußen die Erlösung kam, nun antipreußische Stimmen sich erheben. Aber mancher Ostpreuße fühlt sich, ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden, von Berlin aus schlecht behandelt, meint, auf mangelndes Verständnis für seine Art und Lage zu stoßen.

Es heißt nachgeben auf beiden Seiten. Preußen kann Ostpreußen nicht missen, und Ostpreußen darf mit einer 250jährigen Geschichte nicht brechen, die es mit Preußen verband. Es heißt neue Wege zu den Männern dort oben, die die Arbeit ihrer Vorfahren fortsetzen: deutsches Gebiet zu wahren im Kampf gegen die slavische Flut.

Denkt alle daran, daß Ostpreußen der feste Wellenbrecher gegen diese Flut ist, und dann wird es, genau wie im Westen drüben, zu einer Einigung kommen! P.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Nachspiel zu Passau und Angoldstadt.

Die Völkerverkonferenz hat bekanntlich neue Forderungen wegen der Zwischenfälle in Passau und Angoldstadt gestellt. Dazu wird von deutscher amtlicher

Seite erklärt: Die von der Völkerverkonferenz geäußerten Zweifel, ob die Entschuldigungen der Reichsregierung auch für die bayerische Regierung und die Lokalbehörden der beiden bayerischen Städte gelten, erledigen sich durch Art. 78 der Reichsverfassung. Die Reichsregierung hat ihre Entschuldigungen in Ausübung der Vertretungsbefugnis ausgesprochen, die ihr bei Wahrnehmung auswärtiger Angelegenheiten für alle Teile des Reiches zusteht.

Die Not der Presse.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates stimmte der Erhöhung der Abgabe von Holzverkäufen von 1/2 auf 1 1/2 % zu, aus der die Mittel für eine Verbilligung des Zeitungspapiers geschöpft werden. Es kann mit jährlich 13,5 Milliarden gerechnet werden. Dann stehen unter Berücksichtigung des Ertrages der Ausfuhrabgabe monatlich 1275 Millionen Mark für Rückvergütungen zur Verfügung. Bei einem Verbrauch von 15 Millionen Kilogramm Druckpapier im Monat entfallen auf das Kilogramm 85 Mark. Ein angenommener Antrag bestimmt, daß 5 % der Stückvergütungskasse abgezweigt und zur Unterstützung der durch die Not der Presse stellenlos gewordenen Arbeiter, Angestellten und Redakteure resp. zu deren Unterbringung in andere Berufe verwandt wird. Die Rückvergütung kann aberkannt werden, falls in dem betr. Betriebe die tariflichen Verpflichtungen gegen Angestellte usw. nicht erfüllt werden.

Brotversorgung in Bayern.

In seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien erledigte der bayerische Landtag die Vorlage der Regierung wegen Aufnahme einer weiteren Staatsschuld zur Sicherung der Brotversorgung. Die Regierung wird damit ermächtigt, der bayerischen Staatsbank weitere Vorschüsse bis zum Betrage von drei Milliarden Mark zur Hingabe von verzinslichen Darlehen an kommunale Verbände zum Ankauf und zur Bewirtschaftung von Kommunal- und Auslandsgetreide und weitere Vorschüsse bis zu drei Milliarden Mark zur Hingabe verzinslicher Darlehen behufs anderweitiger Sicherstellung der Brotversorgung zu gewähren.

Polen.

X Nach dem Präsidentenmord. In Warschau traten Sejm und Senat zusammen, um das Andenken des ermordeten Staatspräsidenten zu ehren. Die Tagesordnung der beiden Kammern beschränkte sich auf Ansprachen der Präsidenten, die mit der Mahnung schlossen, dem Partehader ein Ende zu machen. Nachdem Präsident Wojciechowski die Amtsbefugnisse übernommen hatte, unterbreitete der Ministerpräsident, General Sikorski, das Demissionsgesuch des ganzen Kabinetts. Der Präsident nahm die Demission nicht an.

Aus In- und Ausland.

Wiesbaden. Der Landesauschuss hat sich gutachtlich zum Entschließen der früheren preussischen Kultusminister Konrad Haenisch zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden geäußert.

London. Voraussichtlich werden Bonar Law und der französische Völkerrat am 31. Dezember zusammen nach Paris reisen.

Belgrad. Im Parlament wurde die Auflösungs-Verordnung verlesen. Die Wahlen sind für den 18. März 1923, die Einberufung der neuen Kammer für den 16. April angelegt worden.

Eine neue Kommission?

Amerikanische Vermittlung.

Aus einer Fülle phantastischer und widerspruchsvoller Meinungen läßt sich als wahrscheinlich entnehmen, daß man in Amerika eine neue Sachverständigenkommission plant, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands noch einmal prüfen soll, um darauf eine neue Berechnung der Reparationslast zu gründen. Die amtlichen Stellen in New York, London, Paris und Berlin wollen mit dieser Sache absolut nichts zu tun haben, aber die privaten und unverbindlichen Anregungen und Bepfehlungen, bei denen manchmal mehr herauskommt als bei großen Staatskonferenzen, gehen offenbar doch ihren Gang weiter. Nur kann infolge des privaten und vertraulichen Charakters dieser Zusammenkünfte etwas Genaues und Sicheres darüber nicht gemeldet werden, so voll auch die politische Presse von Vermutungen und Andeutungen aller Art in solchen Fällen zu sein pflegt. So heißt es auch, daß Poincaré mit deutschen Industriellen verhandelt habe. Weiter wird erklärt,

die neuen deutschen Vorschläge,

über die die Regierung jetzt täglich mit Sachverständigen und Parteiführern verhandelt hat, seien so weit fertiggestellt, daß sie bald nach den Weihnachtstagen endgültig formuliert werden könnten. Angeblich liegen drei Entwürfe dafür vor. Die Amerikaner legen anscheinend Wert darauf, die Reparationsfrage wieder in Fluß zu bringen, aber sie wollen erst genau wissen, wie weit die Franzosen zum Entgegenkommen bereit sind. Im übrigen lassen sie verlauten, daß die amerikanischen Truppen sofort vom Rhein zurückgezogen würden, wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzt. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung eine Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen nicht billigt.

Poincaré beharrt auf Pfändern.

Vertrauensvotum im Senat.

Nach seiner großen Kammerrede hat Poincaré nun am 23. im französischen Senat zum tausendstenmal seine Reparationspolitik verteidigt und die uralten Vorwürfe gegen Deutschland wiederholt, die dadurch freilich nicht beweiskräftiger werden. Deutschland, so sagte er, beharre

bei seinem Fehler. Seine Maanaten der Großindustrie hätten sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichert. Die Inflation sei in beträchtlichem Maße gestiegen und die wirtschaftliche und finanzielle Miswirtschaft könne in Deutschland die schlimmste Katastrophe nach sich ziehen. Deutschland habe vor allem zu niedrigen Preisen exportieren wollen und habe sich systematisch ruiniert, um der Reparationszahlung zu entgehen. Es bemühe sich, alle Reparationen hinauszuzögern. Sei das vielleicht der Augenblick, um Deutschland ohne Gegenleistung ein neues Moratorium zu bewilligen? Man kündige neue deutsche Vorschläge an. Es werde sich wahrscheinlich um

ein elastisches Moratorium

handeln. Aber werde Deutschland das Moratorium dazu benutzen, um seine Finanzen zu sanieren? Die Vergangenheit müsse mittraulich machen. Man müsse Deutschland einer effektiven Kontrolle unterwerfen. Deutschland habe Dominalgüter, auf die nach Artikel 248 des Friedensvertrages die Alliierten ein Privileg ersten Ranges besäßen. Wir wollen Deutschland, so sagte er weiter, nicht ruinieren, wir wollen aber auch nicht, daß es in einigen Jahren, nachdem es sich heute hinter seine Armut versteckt, über unsere tatsächliche Armut sich lustig machen kann. Unter diesem Vorbehalt werden wir uns den Bemühungen Deutschlands nicht widersetzen, seine Währung zu stabilisieren. Wir würden glücklich sein, wenn es innere oder äußere Anleihen abschließen kann, die es ihm gestatten, seine Schuld zu mobilisieren. Es sei wünschenswert, daß Deutschland Kapital erlange, aber das wolle nicht besagen, daß die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers übergehen solle. Die Reparationsfrage müsse von den interessierten Regierungen mit Unterstützung der Reparationskommission geregelt werden. Diese Frage werde den Gegenstand der Verhandlungen am 2. Januar bilden, dann werde man auch über die interalliierten Schulden sprechen. Als dann der Senator Ribot sagte, Bonar Law sei besorgt darüber, wenn Frankreich allein ins Ruhrgebiet einmarschierte, rief Poincaré dazwischen: Ich habe keines, weder die Ruhr noch ein anderes, genannt! — Der Senat sprach nach dieser Debatte dem Ministerpräsidenten das Vertrauen aus.

Der neue Reichshaushalt.

Bedarf über eine Billion.

Im Reichsrat wurde der Etatvoranschlag für 1923 angenommen. Für den Mehrbedarf sind

Ausgleichsfonds eingerichtet.

Im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung betragen diese insgesamt 93,2 Milliarden, im außerordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung zehn Milliarden. Der Postetat enthält im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 23 Milliarden, im außerordentlichen von 4,07 Milliarden, der Eisenbahnetat im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 507 Milliarden, im außerordentlichen von 241 Milliarden Mark und der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 20 Milliarden, im außerordentlichen von 60 Milliarden.

Der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung hält in Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht mit 73,9 Milliarden Mark. Aus Steuern wird eine Einnahme von 325,1 Milliarden Mark gegen 218,6 Milliarden Mark des Vorjahres erwartet, wobei die Einkommensteuer mit 111 Milliarden, die allgemeine Umsatzsteuer mit 100 Milliarden, die Abgaben vom Güterverkehr mit 67 Milliarden, die Zölle und Verbrauchssteuern mit 340,4 Milliarden veranschlagt sind. Die Kohlensteuer ist mit 270 Milliarden Mark gegen 120 Milliarden Mark im Vorjahr veranschlagt. Von den Ausfuhrabgaben wird eine Einnahme von 30 Milliarden erwartet.

Der Gesamtanleihebedarf des Reiches

für 1923 beläuft sich auf 721,6 Milliarden, wovon 99,6 Milliarden durch die Pfandbriefanleihe gedeckt werden, während der Restbetrag von 622 Milliarden ungedeckt bleibt. Wenn der Fehlbetrag für 1923 geringer erscheint als der Fehlbetrag von 889 Milliarden Mark für 1922, so liegt das daran, daß in dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages diesmal Aufträge für die eigentlichen Reparationszahlungen einzuweisen sind. Würde man die vorige Summe von 306,1 Milliarden dafür einstellen, so würde der Gesamtanleihebedarf sich auf 1027,7 Milliarden, also auf über eine Billion Mark erhöhen. Die Postverwaltung verlangt 165,1 Milliarden Mark Zuschuß aus allgemeinen Reichsmitteln gegenüber 71,6 Milliarden im Vorjahr. Der ordentliche Etat der Eisenbahnverwaltung hält mit dem gewaltigen Betrage von 1461 Milliarden Mark, also nahezu anderthalb Billionen, das Gleichgewicht gegen 581,581 Milliarden im Vorjahr. Die Betriebsleistungen haben sich erheblich gesteigert. Beim Personalbestand wird gegenüber 1922 eine Verminderung um 20 072 Köpfe vorgezogen. Der Haushalt für die

Durchführung des Friedensvertrages

enthält im Ordinarium einen Ausgabebedarf von 84,5 Milliarden, im außerordentlichen Haushalt von 121,9 Milliarden, so daß der Zuschußbedarf insgesamt 206,4 Milliarden beträgt. Es fehlt aber ein Anlaß für die eigentlichen Reparationsleistungen. Die ungeheuerlichen Lasten der Befestigung des Rheinlandes spielen dabei eine große Rolle.

Der Gesamtanleihebedarf des Reichs der allgemeinen Reichsverwaltung überschreitet zum erstenmal eine Billion Mark. Im Militäretat sind Neuanfassungen in Höhe von rund 1800 Millionen Mark erforderlich, weil die Entente die Herausgabe der alten Bestände verlangt hat und die Neuanfassungen nur in besonderen Fabriken gestattet, die mit großem Kostenaufwand dafür hergerichtet werden mußten. Die abgegebenen Stücke hätten den Ersatzbedarf für etwa 25 Jahre gedeckt, während er jetzt jährlich in den Etat eingestellt werden muß.

Eine lehrreiche Übersicht.

Ein hoher Regierungsbeamter schreibt in einem Berliner Blatte u. a.: Etwa zwei Drittel aller Ausgaben des Reiches fallen auf die Durchführung des Friedens-

vertrages und von dem restlichen Drittel nur ein kleiner Teil auf die Verwaltungskosten, vielmehr über die Hälfte auf die Verzinsung der Schulden des Reiches und auf die Hinterbliebenenversorgung, weitere große Teile auf andere sachliche Ausgaben, wie die Sozialrenten, wirtschaftliche Aufwendungen, Meer und Marine, Postzeit usw. Die gesamten Verwaltungskosten der Zivilministerien und ihrer nachgeordneten Stellen mit allen Personen- und Sachausgaben betragen also nur einen kleinen Bruchteil der Ausgaben des Reiches.

Aufklärung über Preisverhältnisse.

Neue Richtlinien.

Die tiefgehende Erschütterung der Marktwährung, die zu einer das Wirtschaftsleben schädigenden Unsicherheit darüber, was auf dem Gebiete der Preisbildung rechtens ist, geführt hat, gab dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsjustizministerium Veranlassung, an Hand der Rechtsprechung und der Erfahrungen der Verwaltungspraxis der letzten Zeit Richtlinien auszuarbeiten; diese sollen eine Stetigkeit der rechtlichen Entscheidungen über die Preisfestsetzung gewährleisten.

Im einzelnen werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Rechtsprechung die Grundsätze über die Festsetzung des angemessenen Preises entwickelt und die unrichtigen Begriffe der Marktlage, Normallage und des Wiederbeschaffungspreises erörtert. Eine Normallage stellt immer Zugrundelegung des allmonatlich veröffentlichten Index für die Lebenshaltungskosten eine zahlenmäßige Richtlinie auf, inwieweit im Warenverkehr der zwischen Ein- und Verkauf etwa eingetretenen Selbstwertveränderung Rechnung zu tragen ist. Eine frühzeitige Heranziehung von Sachverständigen noch vor Anlageerhebung wegen Preissteigerung wird für notwendig erachtet. Die Sachverständigen sollen vor schweren Rechtszweifeln wie Warenbeschlagnahme und Entziehung der Handelslaubnis geschützt werden.

Die Richtlinien betonen ferner die Notwendigkeit eingehender Aufklärung der Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen. Sie geben Fingerzeige, wie insbesondere durch Zusammenarbeit der Preisprüfstellen mit der Bucherpolizei und mit den Verbrauchern die Gegensätze zwischen den einzelnen Berufsständen gemildert werden könnten.

Neue Steuerabzüge vom Lohnneinkommen

Ab 1. Januar 1923.

Die Sätze, um die sich der vom Arbeitslohn (Bar-, Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10 % des Arbeitslohnes ermäßigt, betragen vom 1. Januar 1923 ab bei jeder nach dem 31. Dezember 1922 erfolgten Zahlung von nach dem 31. Dezember 1922 fällig gewordenem Arbeitslohn

1. für den Arbeitnehmer selbst monatlich 200 Mark (bisher 40 Mark),
2. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau monatlich 200 Mark (bisher 40 Mark),
3. für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitsneinkommen bzw. nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitsneinkommen oder für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen monatlich 1000 Mark (bisher 80 Mark),
4. zur Abgeltung der zulässigen Abzüge (Werbungskostenpauschale) monatlich 1000 Mark (bisher 90 Mark).

Diese Ermäßigungen in Höhe von 200 und 1000 Mark monatlich sind bei jeder nach dem 31. Dezember 1922 erfolgten Zahlung von nach diesem Zeitpunkt fällig gewordenen Arbeitslohn zu berücksichtigen. Der nach Vorahme der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Mark nach unten abzurunden.

Entlassungen bei der Eisenbahn.

Berlin, 22. Dezember.

Wie verkündet, beabsichtigt die Reichseisenbahnverwaltung eine beträchtliche Verminderung ihres Personals durchzuführen. Bis zum 31. März sollen 5000 Werkstättenarbeiter einschließlich der ausgearbeiteten 2500 Lehrlinge entlassen werden. Ferner soll 20 000 Bediensteten die Kündigung aus dem Staatsdienst überreicht werden. Davon werden 6670 Arbeiter und Angestellte und 13 370 Beamte

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

Von B. von Winterfeld.

5) (Nachdruck verboten.)
„Dies ist Heinos Mama,“ dachte Lina. Sie hatte sich eine Mutter so anders gedacht.
Die Einfügung verlief schön und feierlich, und die Anwesenden schienen bewegt, oder waren es auch wirklich. Am meisten Lina. Heino war ernst und still nach seiner Art und schien reifer, als es sonst junge Leute mit sechzehn Jahren zu sein pflegen.
Als er nachmittags mit Lina durch den Garten ging, der das alte, düster blühende Gutshaus umgab, sprachen sich beide über das aus, was heute am meisten ihre Herzen bewegt hatte. Das Mädchen hatte ihren Arm in den seinen gelegt und sah liebevoll zu ihm auf.
„So, Heini, nun bist du ein erwachsener Mensch, und ich bin noch ein Kind; da bin ich doch noch weit hinter dir zurück.“
„Du bleibst immer mein kleiner Freund, Linchen, das weißt du ja.“
„Ja, Heini, und denkst du noch manchmal daran, wie wir uns zuerst kennen lernten? Da sagte ich, wir wollten immer Gott bitten, daß er dich gesund und stark machen möchte. Und nun bist du auch wirklich so viel gesunder geworden, als du damals warst, dein Husten ist fast ganz fort, und du brauchst gar nicht mehr zu stottern. Wie hat er doch meine Gebete erhört!“
„Du gutes Linchen, wie danke ich dir für alle Liebe, die du mir immer erweisen! Mein Leben war so dunkel, bis ich dich kennen lernte; da fing es auf einmal an hell zu werden, und dann ist es immer heller geworden.“
„Heini, der Pastor sagte doch heute, daß das Leben so viele Versuchungen, Kampf, Trübsal bringt; mir wurde ganz bange — aber versprich mir — was auch kommen mag — wir bleiben doch Freunde immer — immer!“
„Wie könnte das wohl einmal anders sein, Linchen?“ erwiderte er und drückte ihre kleine Hand zur Befriedigung.
„Wir bleiben Freunde durch dick und dünn!“
Als Lina ihr sechzehntes Jahr vollendet hatte, beschloßen ihr Vater und ihre Großmutter, sie, bevor sie

betroffen. Von letzteren soll versucht werden, 4419 mittlere Beamte in der Finanzverwaltung unterzubringen, 1115, die das 65. Lebensjahr bereits überschritten haben, werden zwangspensioniert, und für die restlichen 7796 Beamten ist die bloße Kündigung auszusprechen. Bei dieser Gruppe handelt es sich um Beamte, die noch keine längere als vierjährige Dienstzeit bei der Reichseisenbahn haben. Die Auswahl soll in einer Weise vorgenommen werden, daß nicht etwa wirklich brauchbare Bedienstete unter die Kündigung fallen und daß mit dem verminderten Personal unbedingt auskommen werden müßte. Die Zugfolge auf weniger benutzten Linien soll eingeschränkt werden, und außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, im neuen Urlaubsjahr eine Kürzung der Urlaubszeit für sämtliche Beamten um je drei Tage durchzuführen.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 25. Dezember 1922.

Die nächste Ausgabe dieser Zeitung erscheint Donnerstag vormittag.

□ Zur Wetterlage. Die Bitterung der dritten Dezemberwoche war wiederum überwiegend unfreundlich. Eine wechselläufige, die britischen Inseln liegende umfangreiche Depressionszone beeinflusste das Wetter im größten Teil Deutschlands. Beim Vorübergehen einzelner Teilwirbel gab es besonders in Nord- und Mitteldeutschland bei vorübergehend stürmischen Winden starke Niederschläge. Etwas besser war das Wetter in Süd- und Südwestdeutschland. Im Nordosten fiel, da der tiefste Luftdruck über Ostpreußen aufwärts zog, bei plötzlich eintretendem Frost am 20. Dezember Schnee. Nemetz meldete an diesem Tage 8 Grad Kälte. Im übrigen lagen in Norddeutschland die Temperaturen etwa 5 Grad über den Normalwerten. Da zu befürchten ist, daß das Tiefdruckgebiet über England sich noch mehr dem Festlande nähert, ist für die Weihnachtstage nicht sonderlich gutes Wetter zu erwarten. Vielmehr dürfte die in den letzten Tagen über dem Kanal und der Nordsee wütenden Stürme auch unsere Küste heimsuchen. Sollte der nahenden Depressionszone weitere Wirbel folgen, dann wäre nach vorübergehend aufklarendem Wetter mit neuen Niederschlägen zu rechnen. Erst nach Weihnachten dürfte vielleicht ein Witterungsumschlag eintreten. Es hat allerdings den Anschein, als ob die nächste Frostperiode erst in den allerletzten Tagen des Jahres zu erwarten wäre.

—* Der Wandkalender 1923, den wir unseren Lesern wie üblich als Weihnachtsgabe bieten, liegt unserer heutigen Nummer bei.

—* hk. Neue Richtlinien für die Preisberechnung. Das Reichswirtschaftsministerium hat in Gemeinschaft mit dem Reichsjustizministerium, wie der „Konfessionär“ erfährt, Richtlinien über die Preisberechnung ausgearbeitet, in welchem die Erfahrungen der zuständigen Stellen, die Rechtsprechung der Gerichte, die Ansicht der maßgebenden Autoritäten usw. zusammengefaßt sind. Diese Richtlinien, die unmittelbar vor der Veröffentlichung stehen, werden im einzelnen jeweils die Festsetzung angemessener Preise unter Berücksichtigung der Weltentwertung bieten.

—hk. Nicht bezahlte englische Reparationsabgaben. Die britische Regierung beabsichtigt, eine Versteigerung der in den englischen Zolldepots aus der Zeit vor dem 1. Januar 1922 ruhenden deutschen Sendungen, auf die die Reparationsabgaben bisher nicht bezahlt worden ist, vorzunehmen. Da die Versteigerung in einigen Wochen zu erwarten ist, wird denjenigen deutschen Exporteuren, die ihre Sendungen nach Deutschland zurückzuführen beabsichtigen, dringend geraten alsbald die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Die britischen Zollbehörden sind bereit, Anträgen auf Rücksendung stattzugeben, wenn ihnen die genügende Sicherheit dafür gegeben wird, daß die Waren tatsächlich nach Deutschland zurückgehen und daß sie nicht etwa in ein anderes Land geschickt werden mit der Absicht, sie von dort aus abzugeben wieder in England einzuführen. Die Anträge auf Rücksendung von Waren sind bei der britischen Zollverwaltung zu stellen, und zwar nicht vom Exporteur selbst, sondern durch Vermittlung einer Speditionsfirma in England, die auch die Rücksendung besorgt.

für erwachsen gelten sollte, auf ein Jahr in ein Berliner Pensionat zu geben. Sie war daheim nur von Erzieherinnen unterrichtet worden, und in der Nachbarschaft waren wenig Altersgenossinnen zum Verkehr gewesen. So war sie ziemlich allein aufgewachsen, und die Eltern dachten, eine Zeit in dem anregenden Pensionat, wo man nicht nur die Wissenschaften pflegte, sondern auch den Sinn für Kunst zu wecken suchte durch die Besuche von Bildergalerien, Konzerten, Theatern, würde auf Lina wohlwiegend wirken, ihren Geist bereichern, ihren Gesichtskreis erweitern. Anfangs war ihr der Gedanke an die Trennung von ihrem geliebten Vater und von Waldstein unerträglich gewesen, aber sie fand sich schließlich in das Unvermeidliche.

Heino sollte im Herbst nach Heidelberg gehen, um Kolleg zu hören, wenn ihm seine noch immer schwache Gesundheit auch verbot, einem Korps beizutreten. Es war der vorletzte Tag des allmonatlichen Beisammenseins in Waldstein. Heino und Lina kamen von einem weiten Spazierritt durch den schönen Buchenwald. Es galt einmal wieder Abschied nehmen von allem Liebgewordenen — für ein langes Jahr, wie sie es ja von klein auf immer um diese Zeit gemußt.

„Linchen, die Trennung wird mir jedes Jahr schwerer,“ sagte Heino gepreßt.

„Mir auch,“ erwiderte sie traurig.
Der Weg war schmal, und ihre Pferde mußten dicht nebeneinandergehen, das dicke Unterholz färbte sich schon gelb und rot.

„Wie schön ist's doch hier,“ sagte Lina, „wie werde ich mich nach der stillen Waldluft sehnen in dem dunstigen, lauten Berlin!“

Sie reichten sich stumm die Hände, lösten sie aber plötzlich wieder, als bei einer scharfen Biegung des Waldweges ein junger Offizier sein Pferd dicht vor ihnen zum Stehen brachte. Es war Franz, der seit kurzem als Leutnant bei dem Husarenregiment in der nahen Garnisonstadt stand.

„Das ist ja eine charmante Überraschung, meine Herrschaften!“ rief er, „ich darf Sie wohl ein Stück begleiten?“ Und ohne die Zustimmung abzuwarten, hatte er sein Pferd gewandt und lenkte es an Linas Seite. „Wann denken Sie denn Ihr Kloster zu beziehen, gnädigste Komtesse?“

„Sie meinen die Pension? Ich reise morgen ab,“ sagte sie mit zitternder Stimme, der man es anhörte, daß sie sich auslammelte, um nicht zu weinen.

hk. Um den Ausbau der Handels- und Handwerkskammern: Im Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist bei der Beratung über den Unterbau des späteren endgültigen Wirtschaftsparlamentes eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt worden. Es handelt sich um das Gutachten über den reichsrechtlichen Ausbau der Handels- und Handwerkskammern, der untersten Stufen der geplanten Wirtschaftsverfassung. Nach diesen Beschlüssen bleiben die Handels- und Handwerkskammern in ihrer bisherigen Zusammensetzung als selbständige Organe bestehen. Neben sie treten Vertretungen der Arbeitnehmer aus den kammerpflichtigen Betrieben. Ein Antrag, die bei den Handwerkskammern schon bestehenden Gesellschafterausschüsse auszubauen, wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt, da diese Ausschüsse sich auf bestimmte Arbeitnehmerkategorien beschränken. Ueber beiden Organen soll im Bereich jeder Handels- und Handwerkskammer ein paritätisches Gemeinschaftsorgan errichtet werden. Selbständige Anträge der Handels- bzw. Handwerkskammer oder der Arbeitnehmervertretung in wirtschaftlichen oder sozialen Angelegenheiten an Behörden sind der andern Vertretung regelmäßig vor oder in Ausnahmefällen gleichzeitig mit der Absendung mitzuteilen. Auf Antrag der Konsumvereinsvertreter wurde ferner beschlossen, daß Konsumgenossenschaften, die ihre Warenverteilung auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, nicht Mitglieder der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerks- und Gewerbekammern zu sein brauchen. Damit ist der Kampf um die Erhaltung der Selbstständigkeit der Handels- und Handwerkskammern in der am meisten an dieser Frage interessierten Körperschaft beigelegt. Es ist zu wünschen, daß auch die gesetzgebenden Körperschaften an dieser Selbstständigkeit nicht rütteln, sondern sich in diesem Falle dem seinen eigenen Unterbau regelnden Gutachten des Reichswirtschaftsrats anschließen.

Esborn Kreis Arnsberg, 21. Dez. Kirchenbe-
raubung. Von Samstag auf Sonntag nacht haben Einbrecher unsere Kirche heimgesucht. Sie gelangten durch das Sattelfenster in die Kirche und erbrachen den Hochaltar. Den eisernen Tabernakel nahmen sie mit sich, um ihn unterhalb des Daches zu zertrümmern und ihn seines Inhalts, der aus zwei Kelchen bestand, zu berauben. Man fand ihn Sonntag morgen in einer Steinhöhle. Die Hostie wurde noch teilweise in demselben vorgefunden. Die Bande hat in dem Gotteshause schrecklich gehaust und alles erbrochen, wo sie etwas vermutete; jedoch befinden sich die wertvollsten Sachen Gott sei Dank nicht in der Kirche. Man ist den Tätern auf der Spur.

Wipperfurth, 22. Dez. Auf die von hiesiger Stadt zum Verkaufe ausgeschriebenen Fichten an der Völkühle sind folgende Angebote eingegangen: Holzhandlung Hermann Hagen 5 Millionen, Friedrich Hentel Solingen 7,200,000 Knapp & Herberholz Hönninge 12,200,100, W. Streppel Halver 9,500,000, Aktiengesellschaft für Holzverwertung Leiersmühle 50 000 Mt. mehr wie das Höchstgebot. Letzteres Gebot konnte nicht berücksichtigt werden, da es den Bedingungen nicht entsprach.

Radevormwald, 23. Dez. Tot im Bett aufgefunden wurde Mittwoch morgen der Händler Dausend aus Varmen, der als Logiergast in der Gastwirtschaft Dörner am Markt übernachtete. Er war Tags vorher abends gegen 10 Uhr zu Bett gegangen. Nach Feststellung des Arztes ist er einem Schlaganfall erlegen. Der Verstorbenen war 49 Jahre alt und hinterläßt Frau mit 8 unversorgten Kindern.

Nah und Fern.

○ Drahtlose Schnelltelegraphier Berlin—Budapest. Der drahtlose Schnelltelegraphenverkehr ist zwischen Berlin und Budapest eröffnet worden. Es ist dies der erste Fall, daß der Siemens-Maschinenfabrik, der eine große Schnelligkeit (rund 100 Wörter in der Minute) bei der Telegrammbeförderung ermöglicht, auch im internationalen Fernverkehr verwendet wird. Anlässlich der Betriebsöffnung sind zwischen den Chefs der beiden Postverwaltungen Begrüßungsgramme gewechselt worden.

„Nun, Sie scheinen nicht sonderlich erfreut — verdanke es Ihnen wahrlich nicht!“

Das junge Mädchen hatte keine Lust zu einer weiteren Unterhaltung und trieb ihr Pferd an, um etwas vorauszu-
reiten. So kam Franz an Heinos Seite.

„Ist ja eine unglaubliche Idee vom Alten, ein so entzückendes Geschöpf noch in eine Pension zu schicken,“ begann ersterer leise, indem seine Blicke wie gebannt an der vorausreitenden Lina hingen. „Komtesse Lina ist ja einfach bildhübsch geworden. Donnerwetter! Diese Figur, wie eine Elfe, und diese Bewegungen, und dies süße Gesicht, und bei dem allem die Movieren einer kleinen Königin! Die wird noch mal Furore auf den Bällen machen!“

„Ich bitte dich, höre auf!“ rief Heino empört.

„Aber weshalb denn? Ich sage doch nur einfach, was meine Augen sehen! — Du bist wirklich zu beneiden um diese Cousine, Heino!“

Franz lachte, als er sah, wie bei seinen Worten tiefe Röte über das sonst so blaße Gesicht des anderen zog. Es war Zornesröte, denn ihm war, als würde Lina durch die Worte und Blicke des jungen Offiziers entweiht.

Das junge Mädchen war so weit vorausgeritten, daß sie nichts von der Unterhaltung vernommen hatte. Als sich Franz endlich verabschiedet und beide wieder allein waren, sagte Lina aufatmend:

„Gut, daß er fort ist.“

„Ja,“ meinte Heino nur, und dann blieb er still.

So war es ja immer gewesen, solange sie Franz kannten — immer hatte seine Gegenwart einen Miston hervorgebracht. Wieder und wieder mußte Heino an die Worte Franzens denken, und zum ersten Male sah er Lina mit anderen Augen an als bisher. Er sah die biegsame, elfenartige Gestalt, die graziosen Bewegungen, das schmale, reizende Oval ihres Gesichtes, das das goldige Lockenhaar, das im Nacken zu einem Knoten verschlungen, wunderbar lieblich umrahmte. Er sah den Liebreiz der ganzen Erscheinung, wie er ihn früher nicht gesehen, und dann klang es wieder in seinen Ohren: „Du bist zu beneiden um diese Cousine.“

Es strömte ihm heiß zum Herzen.

„Was ist dir, Heini?“ fragte ihre sanfte Stimme, „bist du müde?“

(Fortsetzung fol.)

Das Urteil im Rahardt-Prozess.

Gefängnisstrafen für fünf Angeklagte.

§ Berlin, 22. Dezember.

Im Prozess gegen den früheren Ehrenobermeister der Berliner Handwerkskammer Karl Rahardt und Genossen wurde heute das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Karl Rahardt wegen Betruges in drei Fällen sowie wegen Bestechung und schwerer Untreue zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, auf die ein Jahr und zwei Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden, ferner zu einer Geldstrafe von 12 000 Mark und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Erich Rahardt wegen Betruges in zwei Fällen sowie wegen Kettenhandels und Preiswuchers zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft, ferner wegen Betruges zu 6000 Mark und wegen Kettenhandels und Preiswuchers zu 150 000 Mark Geldstrafe sowie 3 Jahren Ehrverlust. Oskar Hoffmann wegen Betruges, Bestechung und Beihilfe zur schweren Untreue zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, ferner zu 6000 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust. Architekt Albert Sonnenburg wegen Betruges und Beihilfe zur schweren Untreue zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft. Kaufmann Karl Bömer wegen Betruges zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft und zu 6000 Mark Geldstrafe, sowie wegen Kettenhandels zu 100 000 Mark Geldstrafe. Kaufmann Albert Hoff wegen Kettenhandels zu 100 000 Mark Geldstrafe. Kaufmann August Kruse wegen Preiswuchers zu 100 000 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten Architekt Walter Müller und Kaufmann Karl Edl wurden freigesprochen. Der von Erich Rahardt und Kruse erzielte übermäßige Gewinn in Höhe von 400 115 Mark wird eingezogen. Der von der Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl gegen Hoffmann und Hoff wird abgelehnt. Dem Angeklagten Sonnenburg wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen, die von der Zahlung einer Buße von 20 000 Mark innerhalb von drei Monaten abhängig gemacht wird. In der

Urteilsbegründung

wurde ausgeführt, daß die Angeklagten Karl Rahardt, Hoffmann und Müller schuldig befunden wurden des Betruges gegenüber der Intendantur durch die falsche Vorpiegelung über die Unkosten für die Wiederherstellung des Gebäudes der Handwerkskammer, wodurch die Seeresverwaltung veranlaßt wurde, einen Betrag von 376 000 Mark an die Handwerkskammer zu zahlen, während in der Tat der Schaden mindestens 100 000 Mark geringer war. Um den Widerstand des Intendanturbaurates Erler zu beseitigen, sandt Hoffmann Mittel, sich an Erler unter Zuhilfenahme reichlichen Alkohols heranzumachen. Daß Erler bestochen wurde, kann keinem Zweifel unterliegen. Karl Rahardt erklärte sofort, daß er gegen das Urteil Revision einlege.

Weihnachtsgeschenke vor 250 Jahren.

Was das Christkind nach dem 30jährigen Kriege brachte.

Die Kinderherzen, die alljährlich dem Christkind so freudig und erwartungsvoll entgegenlagen, waren vor 250 Jahren nicht weniger voller Wünsche als heute. Zwar hatten auch damals schwere lange Kriegsjahre das Reich nahe an den Abgrund gebracht, doch läßt ein in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erschienenes Werk über zeitgemäße Weihnachtsgeschenke nicht mehr viel von Kriegsnot verspüren: der „Hauschrift“, wie das Christkind etwas trocken genannt wird, scheint sich im Gegenteil bereits wieder ganz ordnungsgemäß eingefstellt zu haben. Eine Liste der schönen Dinge, die der Hauschrift den Kindern damals zu beschreiben pflegte, verzeichnet unter anderem: ABC-Büchlein, Katechismus, Gebetbüchlein, Evangelienbüchlein, Gesangbüchlein oder sonst andere gute Büchlein, die fein reinlich und schön gebunden aufsen Schind oder sonst verguldet sind. Item allerlei schöne gemahlte Garnier- oder Handtörbchen, darin sie ihre Bücherlein und Morgenbrot fassen können, wenn sie wollen in die Schule gehen. Dann allerlei schöne Schreibzeuge, Pennal oder Dintefäß, Papier und Federn und dergleichen. Nicht zu vergessen aber auch die goldene Rute, „Christrute“ genannt, ohne die eine Weihnachtsgeschenke in jener Zeit nicht vollständig gewesen wäre. Sie scheint jedoch weniger als elterliche Strafwerkzeug gegolten zu haben, als von den Kindern als Spielzeug benutzt worden zu sein, denn es heißt darüber: „daß sich die Kinder entweder unter einander damit peitschen und schlagen sollen oder damit sie desto mehr Spielzeug drane haben.“

Aus diesem Verzeichnis könnte man nun schließen, daß das Christkind den Kindern dazumal fast ausschließlich Geschenke praktischer Art gebracht hätte. Der Grund dieser scheinbaren Prosa ist aber eher darin zu suchen, daß es üblich war, vom Hauschrift vor allem die Schulgeräte beschreiben zu lassen, die, wie z. B. die Bücher geistlichen Inhalts, dadurch in den Augen der Kinder natürlich eine besondere Bedeutung erlangten. Daneben erhielten die Kinder indes fast immer auch etwas Spielzeug, denn es gab auch damals schon viel schönes und kostbares Weihnachtsspielzeug, wofür die prächtigen Puppenhäuser und -tischen sowie die schöngekleideten Puppen, zierlichen Puppenmöbel und hübschen Siedepfeife, die unsere Museen bis heute aufbewahrt haben, den besten Beweis liefern.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Harben geht vors Reichsgericht. In dem Prozess gegen den Landwirt Herbert Reichardt und den Buchhändler Grenz, die wegen des Attentates auf den Schriftsteller Maximilian Harben vom Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, ist von dem Reichsstand des als Nebenkläger zugelassenen Schriftstellers Harben Revision beim Reichsgericht eingelegt worden.

§ Im Klante-Prozess ergaben die weiteren Zeugenvernehmungen nichts wesentlich Neues. Da der Mitangeklagte Jentich an der Grippe erkrankt ist, mußte die Verhandlung einweilen ohne ihn weitergeführt werden; wenn er längere Zeit fernbleiben sollte, müßte das Verfahren gegen ihn abgetrennt werden. Auch Klante ist leidend, und die Frage seiner Verhandlungsfähigkeit bildete den Gegenstand längerer Erörterungen. Einer der Gefängnisärzte stellte fest, daß der Angeklagte an einer sehr weit vorgeschrittenen Tuberkulose leidet und zweifellos ein schwerkranker Mann ist. Trotzdem wurde er schließlich als für einige Stunden am Tage verhandlungsfähig erklärt.

§ Im Klante-Prozess wurde nach zweitägiger Pause die Verhandlung wieder aufgenommen, obwohl der Hauptangeklagte noch immer den Eindruck eines schwer leidenden Menschen macht. Es wurden wieder mehrere Einzahler, die ihr Geld eingeküßt haben, und verschiedene Angehörige des Klante-Konzerns vernommen. Ihre Aussagen brachten nicht wesentlich Neues. Die Verteidiger erklärten schließlich, daß Klante so schwach sei, daß er geistig nicht mehr folgen könne. Als der Gerichtshof trotzdem die Weiterverhandlung beschloß, verließen sämtliche Verteidiger den Saal, worauf das Gericht erklärte, daß eine Notwendigkeit, in Gegenwart der Verteidiger zu verhandeln, nicht vorliege. Die Verhandlung wurde fortgesetzt.

§ Verteidigungsreden im Rahardtprozess. Im Prozess gegen den Ehrenobermeister der Berliner Handwerkskammer Karl Rahardt stellten, wie man aus Berlin berichtet, zwei Verteidiger den Antrag, noch einmal in die Beweisaufnahme einzutreten. Das Gericht ging auch noch einmal darauf ein und gab danach dem Oberstaatsanwalt erneut das Wort. Er blieb bei seinen tags zuvor gestellten Anträgen. Nach ihm ergriff als erster in der Reihe der Verteidiger Rechtsanwalt Grünspach das Wort und nahm zu den einzelnen Punkten der Beweisaufnahme Stellung.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Dezember 250,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Ausperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Wwe. Aug. Eversberg
und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben Entschlafenen sprechen wir unsern innigsten Dank aus.

Familie C. Herberg,
Familie Otto Schnöring.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1923 werden in Halver im Sitzungssaale des Amtsgerichtes Gerichtstage abgehalten am:

- 10. Januar,
- 7. März,
- 4. April,
- 2. Mai,
- 6. Juni,
- 11. Juli,
- 26. September,
- 10. Oktober,
- 7. November,
- 5. Dezember.

Die Gerichtstage beginnen vormittags 8¹/₂ Uhr. Zum Geschäftsgebiete der Gerichtstage gehören mit Ausnahme der Hauptverhandlungen in Strafsachen alle dem Amtsgericht obliegenden Geschäfte, insbesondere auch Grundbuchangelegenheiten, die Auflassungen von Grundstücken, die Aufnahme von Bewilligungen und Anträgen zu Eintragungen und Löschungen im Grundbuch. Beglaubigung von Unterschriften, die Aufnahme von Anträgen auf Eintragung der Auerbengutseigenchaft.

Zur Förderung solcher Geschäfte ist es geboten, daß die Beteiligten frühzeitig vor dem Gerichtstage beim unterzeichneten Gericht die Mitnahme der Grundakten beantragen und zugleich die Art der anzunehmenden Geschäfte z. B. Auflassung, Eintragung, Löschung usw. angeben.

Lüdenscheid, den 20. Dezember 1922.

Das Amtsgericht.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos

Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelfabrik

Hagen i. W.

Filiale: Berlin

Hardenbergstr. 14.

NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten

Stimmungen und Reparaturen.

Geistiger Wiederaufbau

heißt die Lösung, die noch immer in unverminderter Stärke Deutschlands Gasse durchhallt. Der Ruf erteilt an alle Volksschichten. Jedem Staatsbürger ist deshalb mehr denn je die intensive Beschäftigung mit den Geistes- und Kulturwerten des deutschen Volkes Bedürfnis und Gebot.

Als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet es die

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Ihren Lesern in der Sonderrubrik

Kunst - Wissen - Leben

Über die Vorgänge auf dem Gebiete des Schrifttums, der Dichtung, bildenden Kunst, Theater, Musik und Wissenschaft zu berichten und durch Veröffentlichung von Dichtungen, Novellen, Skizzen und künstlerischen, literarischen und wissenschaftlichen Aufsätzen Stunden der Erbauung und geistigen Aufrichtung zu bieten. Durch seine regelmäßigen sachlichen Kritiken über alle bedeutenden Theateraufführungen, Vorträge und Konzerte, sowie Besprechungen über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt gilt das Feuilleton unseres Blattes in Kennerkreisen als erstklassig und führend. Bestellungen auf die RWZ nehmen die bekannten Geschäftsstellen und Hauptvertretungen, sowie alle Postanstalten und die Briefträger entgegen.

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Haupthaus Essen.



**Ehrlinghauser
Feiw. Feuerwehr.**

Am Samstag, den 30. Dezember,
abends 6¹/₂ Uhr

Weihnachtsfeier

mit Verlosung.

Hierzu sind sämtliche aktiven und passiven Mitglieder mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Postkarten

schnell

sauber

billig

Allgemeiner
Anzeiger
Buchdruckerei
Halver.

Pelze

Bringe mein schön
sortiertes Lager in
allen

modernen

Pelzarten

zu mäßig. Preisen
meiner geehrten
Kundschaft von Ha-
gen und Umgegend
in empfehlende Er-
innerung.

Schöne Auswahl in

Pelzhüten.

Umarbeiten

nach neuest Modellen

Pelzhaus

H. Büttner,

Hagen, Elberfelderstr. 53

Telefon 2125.

Essen — Bielefeld.

1922

Für Wirte

empfehle:

Sitörögläser,

Weingläser,

Biergläser

Wilhelm Bell jr.,

Halver.

Neu eröffnet!

2220

Für

Gold

Silber

Platin

Gebisse

Quecksilber

Brillanten

Gegenstände, wie Uhren, Ketten,
Ringe usw. zahlt die höchsten
Preise zum Einschmelzen

Goldbörse

HAGEN I. W., Neumarktstr. 12.

3 Minuten vom Hauptbahnhof.

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN I. W. G. m. b. H.

— Fernruf 3173. —

Treibriemen-Fabrik.

2009

**Kernleder-Treibriemen für jede
Betriebsart. Riemenreparaturen**

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderband: Näh- und
Bänderriemen: Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Hilfsarbeiter und ein Platzarbeiter

zum baldigen Eintritt gesucht.

Dressbach & Cie.,

Halver i. W.

1922

Parfümerien,

Seifen, Haar-

wässer.

Cognat Punsch,

Liköre

in vornehmer und feiner

Ausmachung, nichttropfende

Baumkerzen

empfehlen

Abler-Drogerie

Aug. Corb, Schalksmühle.

Bäuerliche Bezugs- u. Abgab-
Genossenschaft Halver.

Auf Lager vorrätig:

Mais, Melasse,

Kaffee 42⁰/₁₀₀.

Bestellungen von

Saatkartoffeln,

Saathaser,

Sämereien und

Weizenmehl

werden bis 30. ds. Mts.

entgegengenommen.

1922

Preislisten, Kataloge

für

die Klein-

eisenindustrie wer-

den als Spezialität schnell

u. preiswert angefertigt. Stelle

hierzu aus meinem

großen Vorrat Clichés

kostenlos zur Ver-

fügung.

Wilh. Bell jr., Halver i. W.